

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Ausbildungsplätze bei der Stadt Hagen

Beratungsfolge:

25.06.2009 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagen bietet auch 2010 Ausbildungsplätze im bisherigen Umfang an.

Die Regelungen zur Übernahme finden keine Anwendung.

Die Verteilung der Ausbildungsplätze auf die verschiedenen Ausbildungsberufe erfolgt durch die Verwaltung.

Begründung

In der Sitzung des Personalausschusses am 19.5.09 hat Personaldezernent Dr. Herbert Bleicher dem erstaunten Ausschuss mitgeteilt, dass die Stadt Hagen für das Jahr 2010 die Einstellung von Auszubildenden aussetzen werde. Zur Begründung wurde auf die Kosten von rd. 1,4 Mio. € in drei Jahren und den noch nicht absehbaren Bedarf nach der Umsetzung der Ziele der Zukunftskommission im Bereich Personal verwiesen. Unwidersprochen ist die Meldung der WR vom 21.5.09 zur Entscheidung des Verwaltungsvorstandes, wonach es unverantwortbar sei, junge Menschen für eine ungewisse Zukunft auszubilden. Diese Auffassung darf nicht unwidersprochen bleiben. Richtig ist vielmehr: Jede Ausbildung ist besser als keine Ausbildung! Mit einer guten Ausbildung und einem guten Abschluss werden sie fit gemacht für den Arbeitsmarkt und haben damit eine gute Ausgangsbasis für zukünftige Bewerbungen.

Die SPD-Fraktion kritisiert das gewählte Vorgehen und die getroffene inhaltliche Entscheidung.

Die grundsätzliche Entscheidung muss wie bisher jedes Jahr in einem geordneten Verfahren in der Zuständigkeit der Gremien erfolgen, die über die Anzahl der Ausbildungskräfte und die Mittelbereitstellung entscheiden. Der Personalrat ist zwingend zu beteiligen. Beides ist hier unterblieben.

Die Entscheidung lässt aber auch wesentliche inhaltliche Aspekte unberücksichtigt.

Der Staat und damit auch die Städte und Gemeinden haben im Bereich der Ausbildung unbestreitbar eine besondere gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Zudem fordert die Politik auf allen Ebenen von Handwerk, Gewerbe und Wirtschaft dem Lehrstellenmangel entgegenzuwirken. Erwartet wird Ausbildung auch über den eigenen Bedarf, um den Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Die Stadt Hagen ist einer der größten Ausbilder und bietet Ausbildung in rd. 20 Ausbildungsberufen an. Ein Ausbildungsverzicht der Stadt wäre deshalb ein verheerendes Signal für die Jugendlichen und die Wirtschaft. Auch steht zu befürchten, dass weitere Betriebe und Einrichtungen diesem schlechten Beispiel folgen und somit eine Abwärtsspirale bei den Ausbildungsplatzangeboten in Gang gesetzt wird. Dies darf nicht eintreten und muss verhindert werden.

Darüber hinaus konterkariert ein Ausbildungsverzicht die Zielsetzungen des städtischen Demografieprozesses im Bereich der Bildungs-, Familien- und Kinderpolitik. Ebenso spricht die Altersstruktur der städtischen Beschäftigten trotz des vorgesehenen Personalabbaus für Kontinuität in der Ausbildung. Ausbildungsverzicht bedeutet absehbaren Fachkräftemangel in der Zukunft. Gut ausgebildete Fachkräfte sind unverzichtbar für die Weiterentwicklung von Stadt und Region.

Eine sachgerechte Abwägung des finanziellen Aspektes mit diesen wichtigen Kriterien hat bei der Entscheidung der Verwaltung leider nicht stattgefunden. Für die SPD-Fraktion hat die gesellschaftliche Notwendigkeit der Ausbildung Vorrang vor den unbestreitbaren finanziellen Zwängen zu Einsparungen im Haushalt. Gerade in Zeiten der Krise muss die Stadt hier ein verlässlicher Partner sein und bleiben.

Bei einer rein finanziellen Betrachtung müssten zudem die durch die dann fehlende Qualifizierung der Jugendlichen und mögliche Arbeitslosigkeit entstehenden Kosten gegengerechnet werden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte deshalb die Stadt ihr Angebot an Ausbildungsplätzen auch für 2010 beibehalten.